

Interpellation Gusti Ungricht, SVP, Bergdietikon, vom 23. März 2010 betreffend Sozialversicherungsbeiträge an Sans-Papiers

Text und Begründung:

Anlässlich der Sondersession zur Migrationspolitik hat BDP-Bundesrätin Eveline Widmer Schlumpf öffentlich kundgetan, dass gewisse Kantone "graue" AHV-Ausweise an Sans-Papiers ausstellen würden, obschon diese gar nicht arbeiten dürfen.

Aufgrund dieser Aussagen, welche einen verfassungswidrigen Missstand darstellen, bittet der Interpellant um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Werden auch im Aargau seitens der Behörden AHV-Ausweise an Sans-Papiers ausgestellt?
2. Falls ja, wie viele Personen haben solche Papiere in den letzten Jahren (einzeln aufgeführt) erhalten?
3. Falls ja, aus welchen Nationen resp. Regionen stammen diese Sans-Papiers?
4. Falls ja, auf wessen Geheiss wurden diese Papiere von den kantonalen Amtsstellen erstellt?
5. Falls ja, wurde mit dem kantonalen Migrationsamt Rücksprache genommen?
6. Falls ja, waren in die Entscheidungen die zuständigen Departementsvorsteher involviert?
7. Falls ja, welche personellen Konsequenzen zieht der Regierungsrat aus diesem Verfassungsbruch?
8. Wie viele Sans-Papiers sind dem Regierungsrat bekannt, welche in den letzten Jahren (bitte einzeln auflühren) einen Kindergarten resp. eine Volksschule im Kanton Aargau besucht haben?
9. Wie viele dieser Personen befinden sich momentan an einem Gymnasium oder einer Hochschule resp. absolvieren eine Berufslehre?
10. Wie gedenkt der Regierungsrat (wenn es denn der Fall ist), inskünftig diesen rechtsstaatlich äusserst bedenklichen Zustand aufzuheben und sich wieder an die Verfassung zu halten?

Mitunterzeichnet von 28 Ratsmitgliedern